

**AUSSENHANDEL:** Die Folgen eines Freihandelsabkommens mit Mercosur sind laut der Verwaltung nicht so gross

# Bundesrat will Bauern beschwichtigen

Bundesrat Johann Schneider-Ammann betonte nach dem Mercosur-Agrar-Gipfel, dass ein Abkommen mit den Mercosur-Staaten auf die Produzentenpreise in der Schweiz keinen grossen Einfluss haben werde.

RETO BLUNIER  
DANIEL SALZMANN

Beim geplanten Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay gehe es vor allem darum, Nachteile der Schweizer Industrie gegenüber ihren deutschen Konkurrenten zu vermeiden, wenn die EU ein solches Abkommen schliesse. Das sagte Bundesrat Johann Schneider-Ammann nach dem Gipfel zu den Medien. Er verwies erneut darauf, dass die Schweiz jeden zweiten Franken im Ausland verdient. «Bei den Mercosur-Staaten nimmt die Landwirtschaft einen wichtigen Stellenwert ein. Sie suchen Absatzmärkte für ihre Produkte.» Es sei so, dass beim Rindfleisch und beim Geflügel die Schweiz derzeit einen relativ starken Grenzschutz habe und gleichzeitig die südamerikanischen Länder funktionierende Exportorganisationen hätten. Deshalb stünde das besonders im Fokus. Aber der Bundesrat betonte: «Wir konnten den Teilnehmern des Gipfels aufzeigen, dass der Einfluss auf die Produzentenpreise nicht so gross ist. Es gibt eine bescheidene Preisreduktion», so der Bundesrat. «Es ist eine tiefe einstellige Prozentzahl bei der Preisreduktion», gab er weiter preis.



Nach dem Gipfel informierte ein glücklicher Bundesrat über die Resultate. (Bild: sal)

## FLEISCHBRANCHE SIEHT NUR GEFAHREN

Markus Zemp, Präsident der Proviande, sagte nach dem Gipfel zu den Medien: «Die Mercosur-Staaten sind Weltmächte in der Fleischproduktion. Sie arbeiten in Strukturen, die in der Schweiz nicht denkbar sind.» Und er machte deutlich: «Mit unseren Produkten haben wir auf dem südamerikanischen Markt keine Exportchance.» Er hielt fest, dass bei einem Abkommen mit den Mercosur-Staaten mehr und vor allem günstigeres Fleisch in die Schweiz komme – vor allem Rindfleisch und Poulet. Die Folgen für die Schweiz sind gemäss Zemp drastisch. Jene

Mengen, die in die Schweiz importiert würden, würden bei den einheimischen Produzenten wegbrechen. «Die Folgen wären eine sinkende einheimische Produktion und tiefere Produzentenpreise.» Die ganze Branche, von Landwirt bis Verarbeiter, käme unter Druck. «Wir erwarten vom Bundesrat möglichst wenig Konzessionen gegenüber den Mercosur-Staaten», so Zemp. Die Fleischbranche sei nach der Milch die zweitwichtigste Branche des Agrarsektors. Sie habe aber auch Hausaufgaben bei der stärkeren Differenzierung, beispielsweise beim Tierwohl. sal

## MERCOSUR

Zum Verbund «Mercosur» haben sich die südamerikanischen Staaten Brasilien (das dominierende Land), Argentinien, Uruguay und Paraguay zusammengeschlossen. Das Ziel ist, den wirtschaftlichen und politischen Integrationsprozess voranzutreiben. Als Mercosur verhandeln die Staaten mit der Europäischen Freihandelsassoziation Efta, bei der auch die Schweiz Mitglied ist. Die seit 2000 bestehenden Pläne für ein Abkommen haben 2017 mit einer gemeinsamen Erklärung neuen Schwung erhalten. sal

## DIE TEILNEHMER

Economiesuisse mit Heinz Karrer; Schweizerischer Gewerbeverband mit Nationalrat Jean-François Rime; Maschinenindustrie (Swissmem) mit Christoph Lindenmeyer; Chemie-, Pharma-, Biotechverband (Scienceindustries) mit Gottlieb Keller; Uhrenindustrie mit Jean-Daniel Pasche; SwissBanking mit Claude-Alain Margelisch; Textilindustrie (SwissTextiles) mit Carl Illi; Unternehmen der Information- und Kommunikationstechnologie (ICT) mit Andreas Kaelin; Multinationale Konzerne (SwissHoldings) mit Gabriel Rumo; Hotelleriesuisse mit Andreas Züllig; GastroSuisse mit Casimir Platzer, Agrarallianz mit Christof Dieler; Bio Suisse mit Daniel Bärtschi; IP-Suisse mit Andreas Stalder; Pro-Agrarfreihandels-Lobbyorganisation Igas mit Jacques Chavez; Nahrungsmittelindustrie (Fial) mit Urs Reinhard; Milchindustrie (VMI) mit Markus Willmann; Milchbranche (BOM) mit Ständerat Peter Hegglin; Käser (Fromarte) mit Hans Aschwanden; Milchproduzenten (SMP) mit Hanspeter Kern; Fleischbranche (Proviande) mit Markus Zemp; Branchenorganisation für Getreide und Ölsaaten (Swiss Granum) mit Stephan Scheuner; Weinbranche (IVVS) mit Chantal Aebly Pürro; Obstverband mit Bruno Jud; Swiss Retail Federation mit Dagmar Jenni; IG Detailhandel Schweiz mit Joos Sutter. In der Teilnehmerliste, welche das Wirtschaftsdepartement den Medien abgab, sind zwei Zeilen auch dem Schweizer Bauernverband (SBV) gewidmet. Dazu steht: «Der Schweizer Bauernverband hat auf eine Teilnahme verzichtet.» SBV-Präsident Markus Ritter und SBV-Direktor Jacques Bourgeois hatten eine persönliche Einladung erhalten, diese jedoch ausgeschlagen. Laut Bundesrat Johann Schneider-Ammann hatten alle Teilnehmer am Gipfel drei Minuten Zeit, um aus ihrer Sicht zu Bedeutung, Erwartungen und Chancen/Risiken Stellung zu nehmen. sal

## NACHRICHTEN

### «Sichere Verluste beim Fleisch»

Anders als die Pro-Agrarfreihandels-Lobby Igas, welche von Bundesrat Johann Schneider-Ammann zum Agrargipfel eingeladen worden war, durfte die Anti-Agrarfreihandels-Lobby Sals-Schweiz dort nicht teilnehmen. Die Sals-Schweiz verschickte stattdessen eine Mitteilung. Darin mahnt sie zur Vorsicht. Ein Freihandelsabkommen mit dem Mercosur dürfe nicht auf Kosten des Schweizer Agrar- und Lebensmittelsektors erfolgen. Aufgrund durchgeführter Studien sei die Sals-Schweiz der Meinung, dass die Risiken für die Landwirtschaft und die Verarbeitung dominieren. Bei der Analyse dürfe nicht vergessen werden, dass der Milch- und Fleischsektor eng aneinandergeliegt seien. Eventuelle Gewinne auf dem Milchmarkt müssten mit sicheren Verlusten auf dem Fleischmarkt abgewogen werden. sal

### Feba war wieder auf einer Studienreise

Der Verein «Ferien auf dem Bauernhof» (Feba) führt seit seiner Gründung vor 30 Jahren alle zwei Jahre eine Studienreise durch. Feba teilt mit, diese Weiterbildung könne nun erneut angeboten werden, weil der Verein seine Aktivitäten wieder selber bestimmen (nach vier Jahren bei Agrotourismus Schweiz). Ein voll besetzter Car habe die interessierten Vereinsmitglieder in den Bregenzerwald (Österreich) gebracht. Die Präsidentin Rita Bartha hatte ein lehrreiches Programm zusammengestellt, das Betriebsbesichtigungen und den Besuch von Ferienwohnungen auf Bauernhöfen enthielt. EUGelder ermöglichten dort den Bau neuer Ferienwohnungen. sal

**AUSSENHANDEL:** SBV kritisiert Umweltprobleme in Südamerika

## «Preis beruht auf Ausbeutung»

Der Bauernverband kritisiert, dass die Billigimporte aus Brasilien auf der Ausbeutung von Mensch und Natur basieren.

DANIEL SALZMANN

Der Schweizer Bauernverband (SBV) hat schon im letzten Herbst einen Bericht zu den Auswirkungen eines Freihandelsabkommens Schweiz-Mercosur erstellt lassen. Autor Sandro Michael hat damals prophezeit: «Die Exportwirtschaft, die Wirtschaftverbände und das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) werden den Schweizer Bauernverband bzw. die Landwirtschaft als wirtschaftsfeindlich, innovationsresistent und kostentreibend darstellen. Dieser Druck wird durch die liberalen Kräfte im Parlament verstärkt.»

### Fleisch ist Bedrohung

Der Bericht stellt fest, dass die wichtigsten Agrexporte Brasiliens, das die anderen Mercosur-Staaten dominiert, Soja und Sojanebenprodukte, Rind- und Geflügelfleisch, Orangensaft und Kaffee sind. Daraus wird geschlossen: «Ein Freihandelsabkommen würde somit die Produzenten von Rind- und Geflügelfleisch sowie den Ackerbau besonders hart treffen.» Brasiliens Landwirtschaft werde von Grossbetrieben dominiert und habe eine um den Faktor 100 grössere Ackerfläche als die Schweiz. Aufgrund der struktu-



Brasilien setzt auf den Rindfleischexport. (Bild: Otavio Nogueira)

rellen Nachteile sowie des hohen Kostenniveaus würde die Schweizer Landwirtschaft bei einem Abkommen durch deren billigere Konkurrenzprodukte stark unter Druck geraten. Denn brasilianisches Fleisch sei spottbillig. Selbst ein Kilo Rindfleisch koste im Einstand lediglich 15 Fr.

### 60 Mio. ha Regenwald weg

Dieser «unglaublich tiefe Preis» basiere auf der Ausbeutung von Mensch und Umwelt. Der SBV-Bericht verweist auf die Umweltkritik an Brasilien. Gemäss der UNO seien zwischen 1990 und 2010 etwa 60 Millionen Hektar Regenwald zerstört worden. Im Jahr 2016 seien laut Satellitenbildern des Nationalen Instituts für Raumforschung weitere 800 000 Hektar verloren gegangen – vor allem für neue Weidflächen und den Anbau von Soja als Futtermittel.

## GENERELL ÖFFNEN

Auf Seite 59 der Gesamtschau des Bundesrates zur Agrarpolitik steht, dass der Bundesrat mittelfristig einen Abbau des Grenzschutzes um 30% bis 50% anstrebt. Einen Hinweis auf die Folgen gibt deshalb das Szenario Nummer 2 in der Gesamtschau, das ein Freihandelsabkommen mit der EU und einer Halbierung des Grenzschutzes aufzeigt. Die Folgen sind laut einer Modellrechnung der Experten von Agroscope: Die Landwirtschaft verliert Produktelerlös in der Höhe von 800 Millionen im Jahr, einhalbmal so viele Höfe wie heute müssen aufgeben, die Produzentenpreise sinken markant (z. B. Rindfleisch –32%, Weizen –19%, Gemüse –19%). sal

**TIERSCHUTZ:** Neue Initiative geplant

## Tierrechtler lancieren Initiative gegen Massentierhaltung

Die Organisation Sentience Politics will via Volksinitiative für die Nutztierhaltung den Bio-Standard für alle erzwingen.

Die Schweizer Tierschützer gehen politisch in die Offensive. Laut tagesanzeiger.ch lanciert die Tierrechtsorganisation Sentience Politics in diesem Frühling eine Initiative, welche die Massentierhaltung in der Schweiz verbieten will. Im Initiativtext, der auf der Homepage der Organisation nachgelesen werden kann, heisst es: «Der Bund schützt die Würde des Tieres in der landwirtschaftlichen Tierhaltung. Die Tierwürde umfasst das Recht, nicht in Massentierhaltung zu leben.»

### 25 Jahre Übergangsfrist

Dabei bezeichnet «Massentierhaltung» laut Initiativtext «Formen landwirtschaftlicher Tierhaltung, in denen das Tierwohl aus Wirtschaftlichkeitsgründen systematisch verletzt wird. Dies äussert sich insbesondere darin, dass Tiere in grossen Gruppen auf engem Raum gehalten werden, dass ihre den wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechenden Grundbedürfnisse nicht berücksichtigt werden oder dass in anderer Weise ihr physisches oder psychisches Wohlergehen erheblich beeinträchtigt wird.» Die Übergangsfrist soll 25 Jahre betragen.

Auch zum Import soll ein Passus in die Verfassung kommen: «Der Bund erlässt Vorschriften über den Import von Tieren und Tierprodukten zu Ernährungszwecken, die diesem Artikel Rechnung tragen.»

### Knospe-Standard für alle

Eine Quantifizierung enthält der Initiativtext nicht. Doch Sentience Politics orientiert sich an den Richtwerten von Bio Suisse und KAG-Freiland, wie Co-Präsidentin Meret Schneider auf tagesanzeiger.ch zitiert wird. Das würde etwa für Hühner bedeuten: Statt wie heute bis zu 18 000 Legehennen pro Hof wären nur noch 2000 Tiere erlaubt. Damit würden die heutigen Bio-Vorgaben zum allgemeinen Standard. Der Schweizer Bauernverband (SBV) hält das Volksgehren für unnötig. Die Schweizer Tierschutzbestimmungen gehörten zu den strengsten überhaupt, sagte SBV-Präsident Markus Ritter dem «Tages-Anzeiger». Höchstbestände würden eine industrielle Massentierhaltung verhindern. In Deutschland dagegen gebe es Betriebe mit 60 000 Hühnern im gleichen Stall. Ritter warnt davor, dass sich mit der Initiative die einheimische Produktion markant verteuern würde. Weil nicht alle Konsumenten bereit seien, mehr zu bezahlen, nähmen die Importe aus ganz anderen Haltungsbedingungen zu. sal

## KOMMENTAR

### Konsument soll bestimmen



Tierrechtler wollen mit einer neuen Initiative erreichen, dass in der Schweiz Nutztiere generell nur noch nach Bio-Standard (Knospe oder sogar KAG-Freiland) gehalten werden dürfen. Dies, obwohl schon heute Fleisch aus solcher Haltung im Verkauf ist. Und Bio-Fleisch ist längst auch im Detailhandel fast überall erhältlich.

Wer solches Fleisch essen will, soll dies als Konsument tun. Aber nicht auf politischem Weg allen anderen Konsumenten dies vorschreiben. Zudem ist in der Initiative der Import so schwammig formuliert, dass angesichts der WTO-Verpflichtungen viel mehr Importfleisch aus viel schlechterer Haltung in die Schweiz kommen wird.

Die Initiative ist eine Zwängelei und steht völlig quer in der politischen Landschaft. Der Bundesrat verlangt von den Bauern, dass sie sich der Konkurrenz aus den südamerikanischen Mercosur-Staaten stellen und in grösseren Einheiten billiger produzieren.

Und ein Bio-Zwang für alle bedroht auch den Mehrpreis, den die Schweizer Knospeproduzenten wegen grösserem Aufwand und höheren Kosten heute gegenüber konventionellen Produkten erzielen.

Daniel Salzmann